

Giftliste im Rathaus Neukölln: Soziale Projekte auf der Kippe?

Im Rathaus Neukölln wird über eine Giftliste diskutiert: Welches soziale Projekt wird auf der Strecke bleiben, wenn der Bezirkshaushalt 2012/2013 beschlossen ist?

Wegen der unzureichenden Finanzausweisung vom Land Berlin stehen bereits jetzt viele wichtige Projekte unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Darunter auch das weit über Neukölln hinaus bekannte Projekt der Stadtteilmütter. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass die pädagogisch wertvollen Schulstationen ebenfalls unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Nach dem die Neuköllner Zählgemeinschaft von SPD und CDU ohne Not die Schulstationen aus dem Bereich Jugend herausgerissen und in den Bereich Bildung verlagert hat, ist jetzt der Erhalt von Schulstationen akut

gefährdet. Bei der falschen Orientierung der Neuköllner SPD, CDU sowie der Piraten auf den „Wachschutz vor Schulen“ muss das Schlimmste befürchtet werden. Unter anderem, dass bei der Sozialarbeit der Schulstationen zugunsten des pädagogisch wertvollen privaten Sicherheitsdienstes gespart wird.

Seit dem 1. Januar liegt wegen der Berliner Wahlen im September 2011 kein gültiger Haushalt vor und der Bezirk unterliegt der „vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung“. Das erschwert oder verhindert die Verlängerung der Verträge mit Trägern von Kinder- und Jugendeinrichtungen. Ein Teil dieser Verträge läuft nur bis zum 30. April. Das führt zur Verunsicherung von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Sozialarbeitern: Können die Projekte fortgesetzt werden?

Noch im Februar soll nun der

Haushalt in der BVV Neukölln beschlossen werden. Für das Jahr 2012 handelt es sich um die Summe von 722 Mio. und für 2013 um 728 Mio. Euro. Davon ist der allergrößte Teil für gesetzliche Pflichtaufgaben vorgesehen, nur im kleinsten Teil besteht politischer Gestaltungsspielraum für die Bezirksverordneten. Während die meisten Berliner Bezirke sich ausreichend Zeit nehmen, soll der Haushalt in Neukölln durchgepeitscht werden. Der Antrag der Fraktion der LINKEN vom 25. Januar, die Verabschiedung des Bezirkshaushalts auf den 28. März zu verschieben und sich ausreichend Zeit für eine wirkliche Bürgerbeteiligung zu nehmen, konnte an diesem Tag nicht mehr behandelt werden. Es ist jetzt zu befürchten, dass der Bezirkshaushalt ohne wirkliche Debatte mit den Neuköllnerinnen und Neuköllnern verabschiedet wird. RO

In dieser Ausgabe:

- 2 Wachschutz an Neuköllner Schulen.** Buschkowsky setzt seine „Law and Order“-Politik durch.
- 4 Alle Sanktionen bei Hartz IV streichen.** Jobcenter üben verstärkt Druck aus.
- 5 Filmerfolg gegen Wasser-Konzerne.** „Water Makes Money“ hat Geschichte geschrieben.
- 7 Mieterstadt Berlin mit großen Problemen.** Dokumentation des Wohn-Reports von Berliner Mieterverein und Gewerkschaft IG BAU.

Sozialer Skandal: „Hartz-IV-Kinder“

Kinderarmut ist in Berlin im vergangenen Jahr nur geringfügig zurück gegangen. Um 0,6 Prozent. In Neukölln lebt jedes zweite Kind von Hartz-IV-Leistungen und damit in Armut. Besonders alarmierend: In Berlin hat die Zahl armer Kinder unter drei Jahren um 1,2 Prozent zugenommen

Ausführlich auf Seite 8

Wenn Nazis marschieren – blockieren!

Im Februar werden Nazis erneut versuchen in Dresden aufzumarschieren, um angeblich den Opfern des Bombenangriffs von 1945 zu gedenken. Ein politisch breit zusammengesetztes Bündnis von Demokraten ist bereit, ihnen entgegenzutreten.

Warum Dresden? Während des Zweiten Weltkrieges wurde Dresden bombardiert und weitgehend zerstört. Dies

ist für die Nazis ein Anlass, die Geschichte zu verdrehen und die Nazi-herrschaft unter Hitler zu verharmlosen.

Auf Initiative der LINKEN beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln eine gemeinsame Entschliebung, in der das Ziel des „Bündnis Neukölln – Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt!“ unterstützt wird, den Naziaufmarsch in Dresden im Februar 2012 zu verhindern. Die Entschliebung, die von den Fraktionen der SPD, CDU, Grünen, Piraten und DIE LINKE einstimmig beschlossen wurde, verweist auf den Erfolg, dass es in den letzten beiden Jah-

Rebecca:

„Ich bin immer wieder überrascht, wie viele Neonazis jährlich in Dresden zusammenkommen. Das zeigt doch, dass in unserer Gesellschaft immer noch nicht genügend gegen die „rechte Szene“ getan wird. Deshalb bin ich der Meinung, dass jede/r verantwortungsbewusste BürgerIn selber den Neonazis zeigen sollte, dass wir nicht alles akzeptieren. Also auf nach Dresden am 18. Februar!“



ren durch zahlreiche Demonstrationen gelungen ist, die Neonazis daran zu hindern durch die Stadt zu ziehen.

Für alle, die gegen den Nazi-Aufmarsch demonstrieren wollen, organisiert das Bündnis „Dresden – na-

zifrei“ Busse nach Dresden. Die Hin- und Rückfahrt kostet 10 Euro. Tickets gibt es u. a. bei der Neuköllner LINKEN.

Weitere Informationen auf Seite 3

Buschkowskys „Law and Order“-Politik

Piraten entzaubern sich selbst durch JA zum Wachschutzeinsatz vor Schulen

In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln am 25. Januar stimmten die Bezirksverordneten der Piratenpartei für einen Antrag zur Wiedereinrichtung des Wachschutzes vor Neuköllner Schulen.

Die Piratenpartei hat, dem von CDU und SPD eingebrachten Antrag zum Wachschutz nicht nur zugestimmt sondern trat als gemeinsamer Antragsteller auf. Ursprünglich war der Antrag „Finanzielle Mittel für den Wachschutz an Neuköllner Schulen“ (Drucksache 0084/XIX) von den beiden großen Parteien der Neuköllner Zählgemeinschaft gestellt worden. Ziel des Antrags ist die Wiederaufnahme der Tätigkeit von privaten Sicherheitsdiensten vor ausgewählten Neuköllner Schulen.

Auf Initiative der Piraten wurde der SPD/CDU-Antrag um die unverbindlichen Punkte einer vollmundigen Absichtserklärung zum Ende des Wachschutzes und zur Verbesserung des Umfelds der Schulen angefügt. Was das diese Punkte tatsächlich bewirken, war in der aktuellen Debatte zu erkennen. Nach einem einzigen Ereignis wurde der Wachschutz als „wieder notwendig“ beschworen, an Maßnahmen der Drogenprävention zeigte das Bezirksamt keinerlei Interesse.

Für in der Sache unwesentliche Erweiterungen waren die Piraten bereit, sich von ihrer dem Wachschutz eher skeptischen Position zu verabschieden und als Antragsteller für Wachschützer an Schulen aufzutreten. Im Vorfeld der Bezirksverordnetenversammlung hatten die Piraten noch mit den Fraktionen der



Vignette: Franz Zauleck

Grünen und der LINKEN gemeinsam die Große Anfrage „Alternativen zum Wachschutz?“ (Drucksache 0095/XIX) gestellt und in einer Mündlichen Anfrage „Symptombekämpfung oder Problemlösung: Wachschutz?“ (Drucksache 0108/XIX) nach der fehlenden Wirksamkeit des Wachschutzes bei der Drogenbekämpfung gefragt.

Die Beantwortung der Mündlichen Anfrage durch das Bezirksamt Neukölln war dann auch sehr eindeutig. Auf die Frage nach dem Ausmaß, wie die Einrichtung des Wachschutzes an Schulen die Anzahl der Drogenkranken in Neukölln signifikant senkt, blieb vom zuständigen Stadtrat Liecke (CDU) unbeantwortet.

Noch deutlicher wurde es bei der Mündlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Drogenprävention auf dem Hermannplatz. Es geht dem Bezirksamt nicht um den dauerhaften und nachhaltigen Schutz der Schulen vor Drogenabhängigen. So sieht es keine Notwendigkeit für ein Drogenberatungsmobil auf dem Hermannplatz, obwohl es dem Bezirk kostenfrei zur Verfügung gestellt werden würde. Auch ist die Einrichtung von einem Drogenkonsumraum in Neukölln zum Schutz

der Allgemeinheit nicht vorgesehen.

Die Frage nach der Drogenprävention erfolgte wegen des Zwischenfalls mit zwei Drogenkranken am 5. Januar an der Albert-Schweitzer-Oberschule am Hermannplatz. In der Beantwortung der Großen Anfrage zu den „Folgen der Einstellung des Wachschutzes an Neuköllner Schulen“ (Drucksache 0102/XIX) musste Bildungsstadträtin Dr. Giffey (SPD) anmerken, dass es – seit dem Abzug des Wachschutzes – außer dem bedauerlichen Drogenvorfall in der Albert-Schweitzer-Schule keine gewalttätigen Übergriffe an Neuköllner Schulen von Außenstehenden gab. Es zeigt sich, dass es beim Wachschutzeinsatz nicht um Probleme von Drogenkranken oder Drogenprävention in Schulen geht.

Trotz der starken Unterfinanzierung des Bezirks möchten die Wachschutz-Befürworter für den Schutz von wenigen ausgewählten Schulen jährlich 600.000 Euro ausgeben, statt präventiv die Allgemeinheit zu schützen und individuell den Erkrankten zu helfen. Bei der Frage des Wachschutzes geht es um ein ideologisch begründetes Projekt von SPD und CDU einer teuren und unwirksamen „Law and Order“-Politik, völlig losgelöst von den tatsächlichen Problemen. Schade, dass sich die Piraten – trotz besseren Wissens – nicht für eine nachhaltige Lösung einsetzen und sich stattdessen der populistischen „Lösung“ von Buschkowskys SPD und der CDU angeschlossen haben.

RO

Das fordert DIE LINKE.Neukölln:

Sozialarbeit statt Wachschutz

An allen Neuköllner Schulen wollen wir Schulstationen der Jugendhilfe einrichten, die regelfinanziert werden. Private Sicherheitsdienste an Neuköllner Schulen lehnt DIE LINKE ab, weil sie keinen pädagogischen Beitrag für die Schule leisten. Die Gelder, die bisher für private Sicherheitsdienste ausgegeben wurden, sollen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingesetzt werden.

Hilfe für Drogenkranke statt Repression

Das gesundheitliche Beratungsangebot im Bezirk muss erhalten und ausgebaut werden. Es soll um ein anonymes und leicht zu erreichendes Angebot zu den Themen sexuelle Gesundheit und Familienplanung erweitert werden. Die von freien Trägern übernommene Alkohol und Drogenberatung soll dezentral organisiert werden. Mit repressiver Politik kann keine Minderung des Drogenproblems erreicht werden. Auch in Neukölln besteht Bedarf an speziellen Drogenkonsumräumen, das heißt an Räumen, in denen abhängige Menschen Heroin konsumieren können und bei Bedarf Unterstützung erhalten. Nur so kann es erreicht werden, dass Drogenkonsum nicht auf Spielplätzen und Bahnhöfen stattfindet.

(Aus: Ein Linkes Programm für Neukölln. Gemeinsam für ein gutes Leben in Neukölln.)

DIE LINKE für Forderungen des Volksbegehren S-Bahn



Wann werden die neuen S-Bahn-Wagen bestellt? Die von Verkehrssenator Michael Müller Anfang Februar angekündigte Veröffentlichung der technischen Anforderungen an künftige S-Bahn-Züge ist ein längst überfälliger Schritt.

Genauso dringend ist aber die Entscheidung, ob das Land die Fahrzeuge selbst beschafft und einen eigenen Fahr-

zeugpark aufbaut oder ob die Aufgabe der Beschaffung der Deutschen Bahn oder einem anderen zukünftigen Betreiber überlassen wird. Dies hat Müller offengelassen.

Die Position der LINKEN ist klar: Berlin muss einen landeseigenen Fahrzeugpark aufbauen, um unabhängig von der Deutschen Bahn zu werden und der S-Bahn-Betrieb muss schrittweise an ein kommunales Unternehmen übertragen wer-

den. Nur so ist die öffentliche Kontrolle über die S-Bahn als Rückgrat des Öffentlichen Personennahverkehrs in Berlin zu gewährleisten.

Die Alternative zur Betrieb der Berliner S-Bahn durch die Deutschen Bahn ist kein privater, profitorientierter Betreiber, sondern ein am Gemeinwohl orientiertes öffentliches Unternehmen. Deshalb unterstützt die DIE LINKE auch weiterhin das Anliegen des S-Bahn-Volksbegehrens.



Foto: Jakob Hüber

Nazis entschlossen und ohne Angst entgeggetreten. So konnten 2010 und 2011 die Nazi-Aufmärsche in Dresden verhindert werden.

Wenn Nazis marschieren – blockieren!

Am 13. und 18. Februar werden Nazis erneut versuchen in Dresden aufzumarschieren. Ein politisch breit zusammengesetztes Bündnis von Demokraten ist bereit, ihnen entgegenzutreten.

Dies und ihre Niederlagen in den zurückliegenden beiden Jahren, als Antifaschisten mit Blockaden den Nazi-Aufmarsch verhindert hatten, zeigen Wirkung. Das Neonazi-Spektrum scheint zerstritten. Trotzdem ist davon auszugehen, dass Nazigruppen ihre Aufmärsche weiter vorbereiten. So

mobilisieren die so genannten „Freien Kameradschaften“ und „Autonomen Nationalisten“ zu einem Fackelmarsch am 13. Februar, ebenso wie z.B. die NPD Dresden. Auch für den 18. Februar ist mit Nazi-Aktionen weiter zu rechnen. Deshalb ist für das Bündnis „Dresden – nazifrei“ klar: „Wir werden uns an beiden Tagen den Nazis in den Weg stellen. Für uns ist klar, dass wir jeden Aufmarsch verhindern wollen, egal ob 6.000 oder 600 Nazis versuchen durch Dresden zu marschieren. Wir wollen uns am

18. Februar aber auch ausdrücklich mit denjenigen Antifaschisten solidarisieren, die von Polizei und

Bayram:

„Ich fahre nach Dresden, weil ich stolz bin, dass es auch andere deutsche Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich für die Rechte anderer einsetzen und ich sie dabei unterstützen möchte! Es ist für mich eine Ehrensache, Hand in Hand gegen die Nazis zu stehen.“

Staatsanwaltschaft teils mit massiven Ermittlungsverfahren überzogen wurden und denen zahlreiche Gerichtsverfahren drohen.“

Für alle, die gegen den Nazi-Aufmarsch demonstrieren wollen, organisiert das Bündnis „Dresden – nazifrei“ Busse nach Dresden. Die Partei DIE LINKE arbeitet in diesem Bündnis mit Jugendgruppen, Antifa-Gruppen, Gewerkschaften und anderen Parteien zusammen. Die Hin- und Rückfahrt kostet 10 Euro. Tickets gibt es u.a. bei der Neuköllner LINKEN.

BVV Neukölln: Den Nazis entschlossen entgegnetreten

Auf Initiative der LINKEN beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln eine gemeinsame Entschließung, in der das Ziel des „Bündnis Neukölln – Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt!“ unterstützt wird, den Naziaufmarsch in Dresden im Februar 2012 zu verhindern.

Die Entschließung, die von den Fraktionen der SPD, CDU, Grünen, Piraten und DIE LINKE einstimmig beschlossen wurde, verweist auf den Erfolg, dass es in den letzten beiden Jahren durch zahlreiche Demonstrationen gelungen ist, die Neonazis daran zu hindern durch die Stadt zu ziehen. In diesem Sinne unterstützt die BVV die dortigen Initiativen zur Stärkung der demokratischen Protestkultur.

Die Fraktion der LINKEN begrüßt es ausdrücklich, dass an dieser Stelle ein Konsens aller demokratischen Parteien in Neukölln herrscht. Dazu erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion Thomas Licher: „Gerade angesichts verschiedener Versuche, die friedlichen Proteste gegen den Naziaufmarsch zu kriminalisieren, ist hier eine klare Stellungnahme der BVV wichtig und richtig. Es ist ein gutes Signal an alle Neuköllnerinnen und Neuköllner, die sich im Kampf gegen Rechts engagieren. Wir verstehen diese Entschließung auch als aktive Solidarität mit den Abgeordneten der hessischen LINKEN Janine Wissler und Willi van Ooyen, die wegen ihres Engagements gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden im letzten Jahr von Strafverfolgung bedroht sind.“

Gemeinsame Entschließung der BVV Neukölln

Drucksache 0080/XIX vom 25. Januar 2012

„Die BVV Neukölln begrüßt das Anliegen der Stadt Dresden, zu einer zentralen Protestkundgebung gegen den Naziaufmarsch aufzurufen und unterstützt die Initiativen zur Stärkung der demokratischen Protestkultur.“

Ein breites Bündnis konnte die Absichten der Neonazis schon in den letzten zwei Jahren erfolgreich verhindern. Zehntausende Bürgerinnen und Bürger haben die Neonazis durch Demonstrationen daran gehindert, durch die Stadt zu ziehen. Wir unterstützen daher das Bündnis

Neukölln – Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt! Ziel ist es u. a., gemeinsam mit den Neuköllner Bürgerinnen und Bürgern den Dresdner Aufmarsch zu verhindern und so ein deutliches Zeichen gegen Neonazis und ihre menschenverachtende Ideologie zu setzen. Insbesondere die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Neonazis macht einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist, ihnen entschlossen entgegenzutreten und für eine vielfältige demokratische Gesellschaft einzustehen. In unserem Bezirk Neukölln leben Menschen aus unterschiedlichen Ländern friedlich zusammen – in Neukölln gibt es daher ebenfalls keinen Raum für Nazis.“



Mit einer Mahnwache am Brandenburger Tor, in Sichtweite des Reichstagsgebäude, protestierten Aktive der Friedensbewegung gegen die Verlängerung des Mandates für den Bundeswehreinsatz in

Afghanistan. Mitglieder der Neuköllner LINKE reichten sich an den informativen Transparenten ein. Die Neuköllner CDU-Bundestagsabgeordnete Stefanie Vogelsang stimmte für den Kriegseinsatz.

Alle Sanktionen bei Hartz IV streichen!

Die Bundesagentur für Arbeit verdonnert immer mehr Hartz-IV-Betroffene zu Mittelkürzungen und anderen Sanktionen. Häufigster Anlass waren Melde-Versäumnisse.

Die Zahl der Sanktionen gegen Hartz-IV-Betroffene steigt. Zwischen Januar und September 2011 seien von den Jobcentern 667.499 Sanktionen verhängt worden, geht aus Presseveröffentlichungen unter Berufung auf die Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor. Das seien neun Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Von den gut 4,5 Millionen erwachsenen Beziehern der Grundsicherung wurden allein im September 2011 knapp 146.000 Personen mit einer Strafe belegt.

Nach dem Bekanntwerden der gestiegenen Zahl von Sanktionen gegen Menschen im Hartz-IV-Bezug fordert Werner Schulten, Mitglied im Parteivorstand der LINKE und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV der Partei, eine sofortige Streichung aller Sanktionen im Hartz-IV-System und eine Ersetzung von Hartz IV durch eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung. Schulten erklärt: „Die neuen Zahlen belegen, dass der staatliche Druck auf Menschen, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind, stetig steigt. Von einem Aufschwung spüren die Langzeiterwerbslosen und ihre Familien nichts. Die von Hartz IV Betroffenen müssen mit einem Einkommen weit unter der Armutsgrenze leben. Sie haben von Jahr zu Jahr weniger

Geld, weil die ohnehin viel zu niedrigen Regelsätze langsamer steigen als die Preise. Die Sanktionen und Leistungskürzungen nehmen zu. Die Sozialgerichte kommen nicht mehr hinterher, die Klagen gegen die Jobcenter zeitnah abzuarbeiten.“

DIE LINKE bleibe dabei: „Das Hartz-IV-System ist inhuman, weil es darauf abzielt, den Betroffenen ihre Würde zu rauben. Das Hartz-IV-System ist falsch, weil es Armut

schaft und die Löhne drückt. Wir fordern die sofortige Streichung aller Sanktionen im Hartz-IV-System. Wer Menschen das Existenzminimum verweigert, nimmt Schaden für das Wohl und die Gesundheit der Betroffenen und ihrer Familien in Kauf. Wir wollen, dass die Hartz-IV-Gesetze durch eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung ersetzt werden.“

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt.

Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

Termine: DIE LINKE. Neukölln

Antifaschistischer Aktionstag des Bezirksverbandes DIE LINKE. Neukölln

Sonnabend, 11.2.2012, ab 10 Uhr
Unmittelbar vor den von Nazis in Dresden für den 13. und 18. Februar geplanten braunen Aufmärschen wird DIE LINKE Neukölln über die Absichten der Nazis informieren und für die Teilnahme an Aktionen mobilisieren, um den Nazi-Aufmarsch zu stoppen.

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 16.2.2012, 19 Uhr

Donnerstag, 1.3.2012, 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 22.2.2012, 19 Uhr
Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

BO Reuterkietz

im Februar: gemeinsame Verammlungen mit der Basisorganisation Rixdorf

BO Rixdorf

Donnerstag, 9.2.2012, 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation Rixdorf.

Thema: Was passiert in Syrien?
DIE LINKE, Richardplatz 16

Donnerstag, 23.2.2012, 19 Uhr
Versammlung der Basisorganisation Rixdorf.

Thema: Gewerkschaftspolitik unter den Bedingungen der Krise
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Die Basisorganisation Süd trifft sich regelmäßig dienstags am Bat-Yam-Platz. Einzelheiten zu den Februar-Terminen bitte erfragen unter 0157/38926958

AG Hartz IV

Mittwoch, 14.3.2012, 17.30 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 22.2.2012, 14 bis 16 Uhr
Mittwoch, 8.3.2012, 14 bis 16 Uhr
(siehe auch Information auf dieser Seite)

DIE LINKE, Richardplatz 16

Öffnungszeiten unseres

Ladenlokals am Richardplatz 16
montags und dienstags 10 bis 18.30 Uhr, mittwochs 16 bis 18.30 Uhr und donnerstags 14 bis 18.30 Uhr.

BVV-Fraktion DIE LINKE

Fraktions Sitzungen (öffentlich)

Montag, 13.2.2012, 17.30 Uhr,

Montag, 20.2.2012, 17.30 Uhr,

Montag, 5.3.2012, 19 Uhr,

Außerordentliche öffentliche Fraktions-sitzung mit Sozialstadtrat Bernd Szepanski (Bündnis90/Grüne): „Sozialpolitik in Neukölln“.

Rathaus Neukölln, Raum A307.

Februar-Sitzung der BVV

Mittwoch, 22.2.2012 um 17 Uhr,
Sitzungssaal des Rathauses.

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 21.2.2012, 11 bis 14 Uhr

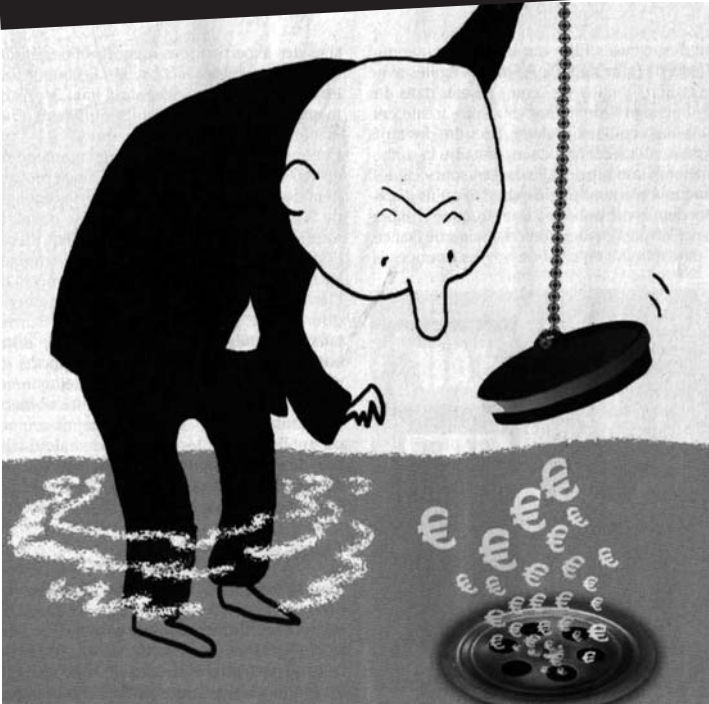
Dienstag, 6.3.2012, 11 bis 14 Uhr

Erwerbslosenfrühstück
DIE LINKE, Richardplatz 16

Weitere Termine im Internet:

www.die-linke-neukoelln.de

Filmerfolg gegen Wasser-Konzerne



Grafik: filmverleih@watermakesmoney.org

Der Film „Water Makes Money“ hat Geschichte geschrieben. Auch in Berlin konnte der Film in zahllosen Veranstaltungen helfen, dass das Volksbegehren zur Aufdeckung der geheimen Verträge bei der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe erfolgreich war. Zu sehen war er auch bei der LINKEN in Neukölln.

Einem Jahr nach der überwältigenden Premiere in 150 Städten Europas äußerte sich bezeichnenderweise der Pressechef von Veolia Deutschland, Matthias Kolbeck wie folgt:

Leider richte sich Veolias Klage gegen den Film nicht auch gegen die deutschen Macher. Nachdem ein französisches Rechtshilfeers-

uchen von den deutschen Behörden abgelehnt wurde, habe der französische Mutterkonzern die deutsche Veolia-Tochter aufgefordert, Leslie Franke und Herdolor Lorenz nach deutschem Recht zu verklagen. Veolia Deutschland habe dies Ansinnen aber nach reiflicher Überlegung abgelehnt mit der Begründung: Water Makes Money und die französische Klage gegen den Film habe dem Konzern bereits derart geschadet, sodass eine deutsche Klage diesen Schaden nur noch erhöhen könne.

Bis Februar 2012 haben fast 1,5 Millionen Menschen den Film gesehen. Diese Macht der Öffentlichkeit ist auch ein großes Kompliment an die vielen hundert engagierten Menschen, aktiven Gruppen und Bürger-

initiativen, die gegen die privaten Interessen der Wasserkonzerne kämpfen und Water Makes Money zu ihrem Werkzeug gemacht haben. Ein kleiner Sieg der Zivilgesellschaft.

Der Wermutstropfen: Die Klage bleibt noch anhängig ist nun ausgerechnet allein gegen Jean-Luc Touly und den französischen Filmvertrieb gerichtet, der den Film mit Sicherheit nicht zu verantworten hat. Zwar pfeifen es die französischen Spatzen von den Dächern: Veolia wird es kaum wagen, vor der Präsidentenwahl den mit dem Konzern eng verbundenen Sarkozy mit einem unpopulären Prozess zu beschädigen. Aber alle im Kampf um das Wasser für die Bürger müssen wachsam bleiben und dann, wenn es zum Strafprozess kommt, die Öffentlichkeit herstellen, die dann auch die französischen Freunde vor Justizwillkür schützt. Noch immer werden ja die im Film dargestellten Fakten nicht bestritten. Nur „Korruption“ soll man es nicht nennen dürfen!

Seit Water Makes Money in 2008 begann, über die lukrative Ausbeutung der Lebensressource „Wasser“ mittels „Öffentlich-Privater-Partnerschaft“ aufzuklären, ist der Aktienwert von Veolia auf 13,28 Prozent (von 64,55 auf 8,57) gefallen und der Weltkonzern in eine schwere Krise geraten!

Sicher ist das nicht vor allem der Verdienst des Filmes. Aber nehmen wir nur das Beispiel Italien. Bei der Vorbereitung des nationalen Volksbegehrens gegen die Privatisierung der Wasserversorgung wurde eine italienische Fassung des Films landauf landab mehrere 100-mal öffent-

lich vorgeführt. Noch nie war in Italien ein nationales Referendum erfolgreich, da mindestens 50 Prozent der Wahlbürger mit „Ja“ stimmen müssen - und das bei der erdrückenden Medienmacht Berlusconi! Das Volksbegehren war erfolgreich - und in Italien nannten dies viele eine „Kulturrevolution“. Jetzt muss Veolia Aqua sich ganz aus Italien zurückziehen! Welch Niederlage für den erfolgsgewohnten Weltkonzern. Mittlerweile muss sich das Unternehmen unter dem Druck der Aktionäre sogar aus 40 von 77 Ländern zurückziehen, in denen der Konzern bisher präsent war!

„Die im Film dargestellten Fakten werden nicht bestritten. Nur „Korruption“ soll man sie nicht nennen dürfen!“

In Deutschland bleibt Veolia noch präsent. Dafür zieht sich sein Zwillingkonzern Suez komplett aus Deutschland zurück: Über Nacht verkauft Suez die Wasser- und Abwasserversorgung in Rostock, Schwerin, Goslar, Halle, Leuna, Saale-Unstrut und Rheingau an den deutschen Globalplayer Remondis. Den Bürgermeistern wird es in den Ohren klingeln. Was hat Suez und auch Veolia doch in der letzten Zeit über Nachhaltigkeit, starke und zuverlässige Partner schwadroniert. Und über Nacht ist dann plötzlich der „starke Partner“ verschwunden, die Versprechen vergessen, und die Bürgermeister dürfen nicht im mindesten mitreden, im besten Fall werden sie nachträglich informiert, in wessen Hände die Wasserversorgung ihrer Bürger nun gerät. Ein Lehrstück an Verlässlichkeit, das Suez in Deutschland und Veolia in 40 Ländern der Erde gerade bietet!

Aus dem Newsletter von Leslie Franke und Herdolor Lorenz

DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:.....

Mieterstadt Berlin mit großen Problemen

Wohn-Report von Mieterverein und Gewerkschaft

Der Berliner Mieterverein und die Gewerkschaft IG BAU haben im Januar 2012 in einer gemeinsamen Erklärung zum Berliner Wohnungsmarkt und zum Wohnungsbau Stellung genommen. „Neu-Köllnisch“ dokumentiert:



1. Angespannter Wohnungsmarkt

Die Wohnungsmarktsituation hat sich in Berlin in den letzten Jahren verschlechtert. Alle Wohnungsmarktuntersuchungen belegen eine zunehmende Marktengpass. Die Nachfrage nach Wohnraum übersteigt das Angebot in neun von zwölf Berliner Bezirken deutlich. Schätzungen gehen von 12.000 bis 15.000 Haushalten mehr auf dem Wohnungsmarkt aus, die im letzten Jahr zusätzlich Wohnungen nachgefragt haben. Die Zahl der neu fertig gestellten Wohnungen lag in den letzten Jahren zwischen 3.000 und 4.000, darunter keine Sozialwohnungen. Unter Berücksichtigung von Abrissen, Umwandlungen und Wohnungszusammenlegungen ist der Nachfrageüberhang für Mietwohnungen erheblich gewachsen. Daraus resultiert wiederum ein erheblicher Anstieg der Wiedervermietungsmieten, was zu einem weiteren Anstieg der Wohnkostenbelastung führt. In den innerstädtischen Wohnquartieren liegen die Mieten bei Wiedervermietung um durchschnittlich zehn Prozent höher als im Vorjahr.

2. Die Lage der Mieter spitzt sich zu

Berliner ist eine Mieterstadt. Rund 86 Prozent der Haushalte wohnen zur Miete. Deshalb hat die Wohnungsmarktsituation gravierende Auswirkungen für eine Mehrheit der Bewohner. Zwei Effekte sind bereits erkennbar aus der angespannten Marktsituation. Zum einen sinkt die Fluktuation, Mieter ziehen seltener um, weil der verlangte Mietpreis einer neuen Wohnung nicht finanzierbar ist. Zudem kommt es in der Hälfte der Berliner Bezirke zu einer Verringerung der Wohnfläche pro Person. Vor allem die Transfereinkommensbezieher müssen sich bei der Wohnfläche und der Zimmerzahl erheblich einschränken, wenn ein Haushalt auf dem Wohnungsmarkt überhaupt noch eine andere Wohnung erhalten will. In Anbetracht des verschärften Konkurrenzdruckes bei der Wohnungssuche unter den Mietern führen Selektionsmechanismen in Form von Schufa-Abfragen, Fragebögen oder Mietschuldenfreiheitsbescheinigungen für viele Haushalte zusätzlich zu verringerten Zugangschancen für eine angemessene Wohnung.

3. Soziale Spaltung und Verdrängung vermeiden

Die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt und der Mietenanstieg führen dazu, dass Haushalte mit geringem Einkommen, insbesondere Transfereinkommensbezieher in den innerstädtischen Quartieren keinen Ersatzwohnraum mehr finden. Die Verdrängung vieler Haushalte in die Großsiedlungen am Stadtrand ist durch die Wanderungsstatistik der Jobagenturen belegt. Bauliche Aufwertung führt zudem in „dynamischen“ Wohnquartieren zu weiterer Entmischung. Die Soziale Stadt lebt aber von einer Durchmischung sozialer Strukturen in den Wohngebieten, von einem Nebeneinander von Arm und Reich, von Jung und Alt, von Einheimischen und Zugezogenen. Das Entmischen von sozialen Strukturen wird in unserer Stadt zu massiven sozialen Problemen führen.

Um die weitere soziale Spaltung zu vermeiden, sind in einem ersten Schritt die Richtwerte für die Wohnkostenübernahme von Arbeitslosen und Grundsicherungsempfängern zu erhöhen.

4. Nachhaltiges Bauen sichert Wohnungsbestand und Arbeitsplätze

Die nahezu vollständig erlahmte Neubautätigkeit ist eine der Ursachen für die Engpässe am Berliner Wohnungsmarkt. Der Neubau in Bedarfschwerpunkten und für Bedarfsgruppen muss wieder verstärkt werden. Der Rückgang der Neubaulzahlen ist auch ein Ergebnis der vom Senat immer wieder aufgestellten Behauptung, dass der Berliner Wohnungsmarkt entspannt sei. Der Senat trägt deshalb eine Mitverantwortung für die derzeitige Lage. Anreize für mehr Wohnungsbau sollen durch die Vergabe landeseigener Grundstücke für eine soziale und städtebauliche Steuerung der Bautätigkeit geschaffen werden. Dabei dürfen die Fehler der Vergangenheit, „Masse statt Klasse“ zu bauen, nicht wiederholt werden. Die Steuerungsmöglichkeiten des Landes, zum Beispiel über Festpreisvorgaben mit städtebaulichem Konzept, dürfen dabei nicht aus der Hand gegeben werden. Städtische Wohnungsunternehmen und Genossenschaften müssen eine wichtige Adressatengruppe sein. Jede neu gebaute Wohnung bedeutet die Sicherung von drei Arbeitsplätzen pro Jahr. Damit trägt der Wohnungsneubau auch zur Stärkung des regionalen Arbeitsmarktes bei.





Fotos: KDH

5. Bezahlbares und innovatives Wohnen auch im Neubau

In gewissem Umfang sollen für den Neubau auch öffentliche Fördermittel vergeben werden, wenn der Wohnraum langfristig für Haushalte bereit gehalten wird, die sich am Wohnungsmarkt allein oder in einer Gruppe nicht hinreichend versorgen können. Die Mittel des Bundes sind auf jeden Fall zu nutzen und durch Komplementärmaßnahmen des Landes zu ergänzen. Auch ein Einsatz europäischer Mittel, z.B. EFRE, ist zu überprüfen. Die Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus seit Anfang der 1970er Jahre mittels Aufwandsbeihilfen hat zu einer dramatischen Verschuldung des Landes Berlin geführt. Oft ist der Anteil der Bankzinsen an der Kostenmiete höher als der der Baukosten einschließlich der Löhne und Gehälter. Dies war und ist nicht akzeptabel. Auch die Finanzierung mittels öffentlicher Baudarlehen sorgt nicht hinreichend für eine akzeptable Einstiegmiete. Deshalb sind neue Finanzierungsmodelle erforderlich, die zusammen mit Wohnungsunternehmen, Mieterverbänden, Finanzexperten und Vertretern der Politik entwickelt werden sollen. Der Senat wird aufgerufen, diesen Diskussionsprozess anzustoßen. Das Wohnraumgesetz ist zu einem Wohnraumförderungsgesetz umzubauen.

Berlin gibt sich gern innovativ. Kleinere Wohnungen, flexibles Bauen, Ressourcen schonen und Generationen übergreifendes Zusammenleben sind nur einige Elemente, die im Rahmen einer Initiative Innovatives Bauen ausprobiert werden sollen.

6. Wohnungsbestand behutsam erneuern

Der Neubau von Wohnungen kann aber nur wenig zu einer sozialen Versorgung mit preiswertem Wohnraum beitragen. Das Hauptaugenmerk muss der Sicherung preiswerten Wohnraums im Wohnungsbestand und der behutsamen Sanierung dieser Wohngebäude gelten. Dabei steht die energetische Ertüchtigung der Wohngebäude im Vordergrund. Denn im Wohngebäudebereich sind die klimapolitischen Ziele von Bund und Land nur mit einer erheblichen Steigerung der Modernisierungsrate auf 2-3 Prozent jährlich zu schaffen.

Mit dem Anstieg der energetischen Gebäudesanierung sind auch positive Beschäftigungseffekte zu erwarten. Laut Bundesministerium für Verkehr, Bauwesen und Stadtentwicklung sichern Investitionen von 1 Mio. Euro für ein Jahr 26 Arbeitsplätze. Die Erhöhung der Sanierungsrate ist jedoch ohne verpflichtende Maßnahmen im Gebäudebestand nicht zu erzielen. Zur sozialen Abfederung für Gebäudeeigentümer und Mieter ist eine stufenweise Festlegung von Grenzwerten erforderlich.

Sinnvoll ist auch ein Umbau von nicht mehr genutzten öffentlichen Gebäuden in Wohnhäuser. Die Mitglieder unserer Organisationen mit ihren Ortsverbänden bzw. Bezirksgruppen würden sich vor Ort an der Suche beteiligen.

„Mieter ziehen seltener um, weil der verlangte Mietpreis einer neuen Wohnung nicht finanzierbar ist.“

7. Sicherung des (preiswerten) Wohnungsbestandes

Um einer Verknappung des Wohnungsangebots entgegen zu wirken, ist wieder ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum einzuführen. Damit kann der zunehmenden Umnutzung von Wohnraum zu Ferienwohnungen, dem spekulativen Leerstand und Abriss sowie der Umwidmung in Gewerberaum begegnet werden. Auch durch Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen geht preiswerter Wohnraum auf dem Mietwohnungsmarkt verloren. Deshalb ist für Gebiete mit sozialer Erhaltungsverordnung durch den Senat ein Genehmigungsverfahren für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu erlassen. Die Berliner Bezirksämter sind aufgefordert, weitere Gebiete mit sozialer Erhaltungsverordnung festzulegen.

8. Keine Privatisierung – den Bestand an städtischen Wohnungen erweitern

Auf etwa 14,5 Prozent (270.000 Wohnungen) ist der Bestand der sechs städtischen Wohnungsunternehmen – ohne die Berliner Immobilien Holding – am gesamten Berliner Wohnungsbestand inzwischen geschrumpft. Der Verkauf von GEHAG und GSW war ein schwerer politischer Fehler. Der verbliebene städtische Bestand kann für Berlin dennoch ein wichtiges Korrektiv für die mehrheitlich auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Wohnungsbewirtschaftung der privaten Gebäudeeigentümer darstellen. Dazu muss aber die Zielvereinbarung des Senats mit den Wohnungsunternehmen so präzisiert werden, dass die Mieterschutzziele des Senats auch erreicht werden.

9. Wohnungsbau und Wohnungsmarkt im Dialog

Zur Steuerung des Wohnungsmarktes, bei der Entwicklung des Wohnungsbaubestandes und bei der Sicherung einer sozialen Stadtentwicklung sind auch der Sachverstand und die Bedürfnisse der Bewohner gefragt. IG BAU und Berliner Mieterverein halten einen Dialog zwischen den am Marktgeschehen Beteiligten und den Bewohnern für erforderlich. Die genannten Organisationen stehen dafür zur Verfügung.

Neu-Köllnisch

Februar 2012

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 2.500

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-6135919

Bankverbindung:

DIE LINKE Neukölln,
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 7.2.2012

Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 23.2.2012

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.

IG Metall fordert 6,5 Prozent mehr Lohn

Es gibt immer mehr Milliardäre in Deutschland; genau 108. Sie konnten ihr Vermögen im letzten Jahr um 6,5 Prozent erhöhen.

Jetzt hat die IG Metall 6,5 Prozent mehr Lohn in der Metall- und Elektroindustrie gefordert. Das geht gar nicht, jammerten sofort die Unternehmerverbände. Warum eigentlich nicht? 6,5 Prozent, das ging doch bei den Milliardären. 6,5 Prozent mehr Lohn gäbe zumindest eine gesicherte Reallohnsteigerung von vier Prozent. Und es wäre eine Chance, dass das Land nicht in eine Rezession abrutscht, meint der gewerkschaftspolitische Sprecher der LINKEN Michael Schlecht. Deshalb ist es wichtig, dass die IG Metall mit großer Entschlossenheit in diese Auseinandersetzung geht.

Der soziale Skandal – „Hartz-IV-Kinder“:

Jedes 2. Kind in Neukölln lebt in Armut

Kinderarmut ist in Berlin im vergangenen Jahr nur geringfügig zurück gegangen. Um 0,6 Prozent. In Neukölln lebt jedes zweite Kind von Hartz-IV-Leistungen und damit in Armut.

Der Bundesagentur für Arbeit zufolge waren in Berlin September 2011 insgesamt 154.028 Kinder auf Grundsicherung angewiesen. Ein Jahr zuvor waren es 155.025. In den Bezirken variieren die Quoten stark (siehe Grafik). Neukölln ist mit 52,2 Prozent, ähnlich wie Mitte mit den Stadtteilen Wedding und Moabit, besonders stark betroffen. In Steglitz-Zehlendorf ist es jedes sechste Kind (15,5 Prozent).

Für den Deutschen Kinderschutzbund ist Kinderarmut in Deutschland längst traurige Realität und „ein politischer Skandal in einem so

reichen Land“. Dabei sind vor allem die Kleinsten aus kinderreichen Familien, von allein erziehenden Eltern, aus Familien mit Migrationshintergrund und von Arbeitslosen betroffen. So hat in Berlin die Zahl armer Kinder unter drei Jahren um 1,2 Prozent zugenommen, wie aus regionalen Details einer Bertelsmann-Studie hervorgeht. Zugleich wurde eine immer größere Ballung armer Familien in einzelnen Stadtvierteln festgestellt.

Die Auswirkungen sind bekannt, erklärt der Kinderschutzbund: „Arme Kinder haben geringere Bildungschancen, können an kulturellen und sozialen Veranstaltungen kaum teilnehmen und sind stärkeren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Die Familien leben oft aus Scham isoliert. Für Kinder entsteht

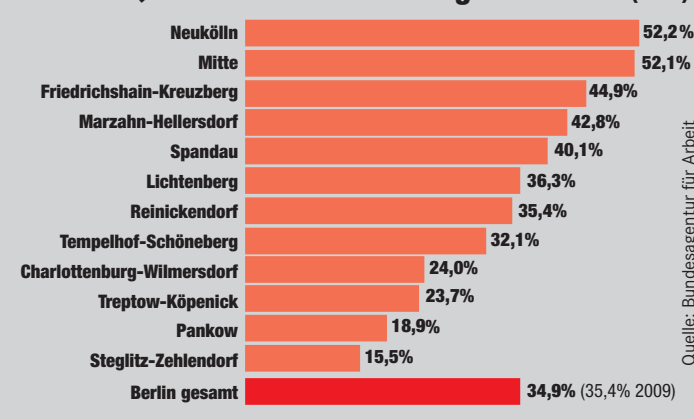
ein Teufelskreis, da eine schlechte Bildung die Aussicht auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz verschlechtert.“

Als arm gilt nach einem Beschluss der Europäischen Union, wer weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Nettoeinkommens monatlich zur Verfügung hat und/oder Hilfe zum Lebensunterhalt benötigt. Nach Angaben des DGB gab es im Jahr 2011 45 Prozent mehr „arbeitende Arme“ als 2006. Das heißt: Auch ein Arbeitsplatz, fast immer im Niedriglohnsektor, hilft den Betroffenen nicht, der Armut zu entkommen.

Arme Kinder – arme Eltern

Die Hartz-Gesetze, von SPD und Grünen 2003 auf den Weg gebracht und von CDU und FDP fortgesetzt, haben in ihren Auswirkungen die Löhne gedrückt, Lohndumping und Leiharbeit in großem Stil ermöglicht. Hier liegt zugleich der Schlüssel zum Kampf gegen Armut, auch gegen Kinderarmut. Denn arme Kinder haben arme Eltern. Ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn, Verbot von Lohndumping, wie DIE LINKE fordert, kann ein Anfang sein, um aus dem Teufelskreis heraus zu kommen. Und Schluss mit Hartz IV! KDH

Hartz-IV-Quote der unter 15-Jährigen in Berlin (2010)



Heizkostenabrechnungen nur nach realem Verbrauch zulässig

Vermieter müssen die Heizkosten nach dem tatsächlichen Energie-Verbrauch abrechnen.

Die Vorauszahlungen des Vermieters an den Energielieferanten sind keine zulässige Grundlage für die Heizkostenabrechnung, wie der Bundesgerichtshof (BGH) am 1. Februar entschied (VIII ZR 156/11). Er erklärte die Abrechnung eines Vermieters für fehlerhaft. Er hatte von einem Gasunternehmen Energie für die zentrale Heizungsanlage bezogen und dafür monatliche Abschläge gezahlt. Der Vermieter erstellte Heizkostenab-

rechnungen, denen er nach dem sogenannten Abflussprinzip seine Vorauszahlungen zugrunde legte. Die Mieter verlangten eine Abrechnung auf der Grundlage des tatsächlichen Gasverbrauchs.

Der BGH erklärte jetzt die Abrechnung nach dem Abflussprinzip für unzulässig. Die entsprechenden Klauseln in Mietverträgen sind damit unwirksam. Vermieter können also auch nicht mehr ihre Rechnung für die Öllieferung vorlegen und sie den Mietern ohne Angabe des tatsächlichen Jahresverbrauchs anteilig in Rechnung stellen.



Kein Winter ist gleich. Die Heizkosten sind es deshalb auch nicht.